

## Grüne Gefahr

Schiefergas ist nicht so umweltfreundlich, wie es den Anschein hat. Chemikalien und Methan bedrohen Trinkwasser und Klima. Strenge Auflagen müssen her. *Von Reinhard Bütikofer*

Schiefergas erlebt in den USA seit 2005 einen regelrechten Boom und bewirkt eine Energiewende ganz eigener Art. Andere Länder, wie China und Argentinien, haben sich entschieden, dem Beispiel zu folgen, und fördern ebenfalls in großen Mengen Schiefergas. Auch in Deutschland wird über Schiefergas-Förderung nachgedacht.

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe schätzt, dass in Deutschland rund 13 Billionen Kubikmeter im Boden liegen. Zum Vergleich: Der jährliche Bedarf an Erdgas summiert sich auf rund 100 Milliarden Kubikmeter. Besonders hoch sind die Vorkommen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. In Deutschland gab es bisher nur Erkundungsbohrungen. Förderungsbohrungen wurden aufgrund starker öffentlicher Kritik, auch von grüner Seite, noch nicht genehmigt.

Die Diskussion über das Pro und Contra von Schiefergasförderung hat längst die Europäische Union erreicht. Befürworter sehen das Gas als Garantien für Energieversorgung und schätzen es als eine günstige Energieressource, mit deren Hilfe Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit steigern könne. Basierend auf dem Argument, Schiefergas verursache weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen, sprechen sogar manche Stimmen vom „grünen Gas“. Auch der Industriekonsum des Europäischen Parlaments veranschiedete am 18. September einen Be-

richt, in dem diese Sichtweise unterstützt wird.

Es ist aber nicht alles umweltfreundlich, was sich einen grünen Anstrich gibt. Erstens sind die bei der Schiefergasförderung eingesetzten Chemikalien höchst umstritten, da sie das Grund- und Trinkwasser stark verunreinigen können. Zweitens haben Schiefergasbohrungen negative Konsequenzen für die lokale Bevölkerung. Drittens ist das durch Leckagen entweichende Methan um einiges klimaschädlicher als CO<sub>2</sub>. Bei der Energiewende hilft Schiefergas auch nicht.

Eine Studie der Internationalen Energieagentur (IEA) kam zu dem Ergebnis, dass eine tatsächliche „Schiefergas-Revolution“ zu einer Klimaerwärmung von 3,5 Prozent führen würde, womit das Ziel von zwei Prozent deutlich überschritten wäre. Forscher des Massachusetts Institute of Technology (MIT) warren in einer neuen Arbeit davor, dass eine umfangreiche Förderung von Schiefergas die Investitionen in die Entwicklung von Erneuerbaren Ener-

gien in erheblichem Umfang verdrängen würde. Das Argument, Schiefergas sei die neue Wunderwaffe gegen Europas Abhängigkeit von russischem Gas, scheint auch mehr auf Hoffnungen als auf Realität zu basieren. Eine Studie der EU-Kommission belegt, dass Europa selbst mit einer ambitionierten Schiefergas-Erschließung weiterhin 60 Prozent seines Erdgasbedarfs importieren müsste.

### Wann werden endlich Schlüsse aus kritischen Studien gezogen?

Einige EU-Länder haben aus den Risiken der Förderung bereits Konsequenzen gezogen: In Bulgarien wurde nach Protesten mit breiter Bürgerbeteiligung der Vertrag zwischen dem Ölkonzern Chevron und der bulgarischen Regierung zur Förderung von Schiefergas als verfassungswidrig erklärt. Auf öffentlichen Druck hin verbot das bulgarische Parlament im Januar

2012 die Förderung. Frankreich hatte bereits zuvor die Bohrunge nach dem Gas untersucht und die Niederlande verhängten ein Moratorium bis Ende dieses Jahres um die Auswirkungen der Schiefergasbohrungen zu prüfen. In Rumänien und der Tschechischen Republik wird ebenfalls über einen Aufschub der Förderung diskutiert. Auch in Deutschland hat der Widerstand von Umweltschutzverbänden zu einem Moratorium in NRW geführt. In Baden-Württemberg wird bereits über strengere Regeln gesprochen und in Thüringen und Bayern über ein Verbot nachgedacht.

Um die Risiken der Schiefergas-Förderung zu minimieren, braucht es einen strengen Rechtsrahmen, der den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger Europas gerecht wird. Leider wurde das EU-Rahmenwerk für den Umweltschutz bei der Förderung von Schiefergas bisher nicht angepasst und die Notwendigkeit einer solchen Anpassung sogar bestritten. Energiekommissar Günther Oettinger gab 2011 eine Studie in Auftrag, welche die EU-Gesetzgebung

für die Förderung überprüfen sollte. Die Studie kam zu der Erkenntnis, dass das gegenwärtige Rahmenwerk für Schiefergas an einigen Stellen angepasst werden müsste. Kommissar Oettinger äußerte sich dagegen eher fahrlässig mit der Erklärung, dass die Gesetzgebung den Risiken der Schiefergas-Förderung gerecht werde. Auch der kontroverse Schiefergasbericht des Industrieausschusses des Europaparlaments, dermit keiner großen Mehrheit verabschiedet wurde, meint, das gegenwärtige Regelwerk reiche aus.

Die jüngsten Gutachten der EU-Kommission, des Umweltbundesamts und des Bundesumweltministeriums zur Fracking-Technologie, bei der ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemie unter hohem Druck in den Untergrund gepumpt wird, kommen allerdings zu einem anderen Ergebnis. Sie bestätigen, dass regulatorische Defizite bestehen und dass der rechtliche Rahmen angepasst werden muss. Dazu gehören zum Beispiel obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfungen vor der Schiefergasförderung, ein transparenter und sicherer Umgang mit den Chemikalien sowie eine bessere Bürgerbeteiligung.

Wann werden endlich Schlüsse aus allen diesen Studien gezogen? Es ist höchste Zeit, dass die EU-Kommission eine bessere Rahmengesetzgebung entwickelt. Orientieren könnte sie sich dabei an der DBA Studie sowie an den „goldenen

Regeln“ der IEA. Diese fordert eine Verbesse-  
rung der Bohrtechnik zur Vermeidung von Methanemissionen, einen sparsamen Wasserverbrauch und die Überprüfung des Chemikaleinsatzes. Die amerikanische Umweltschutzagentur hat vor kurzen auch neue Regeln geschaffen. Sie verpflichten Unternehmen, die flüchtigen Methanemissionen abzufangen. Warum sollte die EU dahinter zurückbleiben? Fortschritte in der Technik machen mittlerweile sogar Förderung ohne den Einsatz von Chemikalien möglich – auch das könnte zur Bedingung in einer europäischen Rahmengesetzgebung gemacht werden. Solange der Schiefergas-Rechtsrahmen sich den Problemen nicht stellen kann, sollte die Förderung ausgeschlossen werden. Doch es braucht wohl noch mehr öffentliche Einmischung, damit die EU-Kommission aufhört, ihre Augen und Ohren vor den Einsichten der Gutachten zu verschließen.



Reinhard Bütikofer ist stellvertretender Vorsitzender und industriepolitischer Sprecher der Fraktion Grüne/EEA im Europäischen Parlament.  
Foto: DPA